

Landtagswahlen und Bundespolitik: immer noch eine offene Frage? Neue Antworten im Ländervergleich auf Aggregatdatenbasis

Kai-Uwe Schnapp

Die Existenz politischer Mehrebenensysteme, seien es föderal verfasste Staaten wie die Bundesrepublik Deutschland oder suprastaatliche Gebilde wie die EU, gibt Anlass zu der Frage, ob und wie die Wahlen auf einer Systemebene von Bedingungen auf den anderen Ebenen beeinflusst werden. Bei der Suche nach Antworten wird davon ausgegangen, dass Wahlen zu den nationalen Parlamenten die zentralen Wahlen darstellen, während andere (Europa-, Landtags-, Kommunalwahlen) von nachgeordneter Bedeutung sind.¹ Der genaue Stellenwert dieser zweiten Gruppe ist umstritten. Begriffe wie „Wahlen zweiter Ordnung“ oder „Nebenwahlen“² deuten aber an, welche Rolle diesen zugesprochen wird: Sie werden als Barometer für die nationale Regierung angesehen oder als Wahlen, bei denen lediglich die Stellung im Wahlzyklus des Nationalparlamentes bestimmt, wie ihre Ergebnisse ausfallen. Man betrachtet sie als Test für die nächste nationale Wahl, als günstige, weil in den Folgen weniger wichtige Gelegenheit für die Artikulation von Protest oder für eine Entscheidung „mit dem Herzen“ anstelle des Verstandes – wiederum mit der Erklärung, dass es bei diesen Wahlen auf weniger ankomme.

Nachfolgend soll ein bisherige Perspektiven ergänzender Blick auf die Eigenständigkeit von Landtagswahlen geworfen und außerdem der Frage nachgegangen werden, ob Landtagswahlen „moderierende Wahlen“ sind. Unter diesem Begriff wird die Hypothese diskutiert, dass Bürger gezielt eine bestimmte Bundesratskonstellation zu wählen versuchen.³ Demgegenüber wird die These von *Thomas Gschwend* untersucht, dass die Klarheit der Zurechenbarkeit von Verantwortung auf beiden Ebenen eine Rolle spielt.⁴ Für die Überprüfung der Hypothesen werden Aggregatdaten verwendet.

1. Forschungsstand

1.1. Zur Eigenständigkeit von Landtagswahlen

Die Auseinandersetzung der deutschen Wahlforschung mit dem Thema Landtagswahlen hat als zentralen Ausgangspunkt einen Aufsatz *Reiner Dinkels*⁵, in dem er feststellte, dass die Ergebnisse von Landtagswahlen, die typischerweise irgendwann „in der Mitte“ einer Wahlperiode des Bundestages durchgeführt werden, einem zyklischen Verlaufsmuster fol-

1 Diese Idee wurde von *Reif* und *Schmidt* mit Bezug auf die Europawahlen formuliert: *Karlheinz Reif/ Hermann Schmidt*, Nine Second-Order National Elections. A Conceptual Framework for the Analysis of European Election Results, in: *European Journal of Political Research*, 8. Jg. (1980), S. 3 – 44.

2 Vgl. ebenda.

3 Für Vertreter dieser These vgl. Verweise in Kapitel 1.2.

4 Vgl. dazu den Beitrag von *Thomas Gschwend* in diesem Heft der ZParl.

5 *Reiner Hans Dinkel*, Der Zusammenhang zwischen Bundes- und Landtagswahlergebnissen, in: *PVS*, 18. Jg. (1977), S. 348 – 359.

gen. Dieses zeichne sich dadurch aus, dass die Regierungsparteien des Bundes zur Mitte der Legislaturperiode hin in Landtagswahlen deutlich an Zustimmung verlieren, während sie gegen Ende der Periode wieder aufholen können. Für die Oppositionsparteien wurde ein spiegelbildliches Muster festgestellt. *Dinkel* interpretierte dies als Beleg für die bundespolitische Durchdringung von Landtagswahlen. Weitere Beiträge setzten sich in seiner Nachfolge zunächst stärker fallorientiert mit den bundespolitischen Einflüssen auf die Ergebnisse von Landtagswahlen auseinander. Dabei konnten sowohl *Georg Fabritius*⁶ als auch *Edwin Czerwick*⁷ zeigen, dass die Zusammenhänge stark unterschiedlich ausfallen. Beide Autoren heben hervor, dass man neben den eindeutig bundespolitisch beeinflussten Wahlen sehr wohl auch solche finden kann, in denen das Wahlergebnis vor allem von Einflussgrößen auf der Landesebene bestimmt wird.

Die Debatte um Nebenwahlen wurde in den achtziger und neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts vor allem durch die Erörterung der Rolle von Wahlen zum Europäischen Parlament geprägt⁸, bevor seit Ende der neunziger Jahre Landtagswahlen wieder verstärkt in den Forschungsfokus gerieten. Der Reigen wurde eröffnet durch *Susanne Lohmann* und andere⁹, die der Frage nachgingen, wie sich Stimmenanteile der großen Bonner Regierungs- und Oppositionsparteien bei Landtagswahlen änderten. Dabei wollten die Autoren vor allem klären, welchen Einfluss retrospektives (ökonomisches) und moderierendes Wählen auf den Wahlausgang haben. Während für das retrospektive Wählen bedingt Evidenz vorlag, das Wahlverhalten insgesamt aber vor allem durch die Parteiidentifikation bestimmt schien, konnte moderierendes Wahlverhalten nur schwach nachgewiesen werden. Auf diesen Punkt wird unten zurückzukommen sein.

In einer Studie über Landtagswahlen in Österreich stellten *Amir Abedi* und *Alan Siaroff* fest¹⁰, dass die Differenzen zwischen dem Verhalten bei nationalen und subnationalen Wahlen zugenommen hatten. Sie konnten weiterhin zeigen, dass es Spezifika der einzelnen Bundesländer sind, die beeinflussen, wie ähnlich oder unähnlich sich die Ergebnisse von Wahlen auf den unterschiedlichen Ebenen waren. Außerdem wird in ihrer Darstellung deutlich, dass in einem Teil der österreichischen Bundesländer die Landtagswahlen in hohem Maße unabhängig von den Bundeswahlen sind. *Frank Decker* und *Julia von Blumenthal* konsta-

6 *Georg Fabritius*, Wechselwirkungen zwischen Landtagswahlen und Bundespolitik, Meisenberg am Glan 1978.

7 *Edwin Czerwick*, Zum Verhältnis von Landtagswahlen und Bundestagswahlen, in: *Ulrich Sarcinelli* (Hrsg.), Wahlen und Wahlkampf in Rheinland-Pfalz, Opladen 1983, S. 136 – 154.

8 *Karlheinz Reif* / *Hermann Schmidt* a.a.O.; *Karlheinz Reif*, National Electoral Cycles and European Elections in 1979 and 1984, in: *Electoral Studies*, 3. Jg. (1984), S. 244 – 255; *ders.*, Wahlen, Wähler und Demokratie in der EG. Drei Dimensionen des demokratischen Defizits, in: *APuZ*, B 19 (1992), S. 31; *Cees van der Eijk* / *Mark Franklin*, Choosing Europe? The European Electorate and National Politics in the Face of Union, Ann Arbor 1996; *Karlheinz Reif*, European elections as member state second-order elections revisited, in: *European Journal of Political Research*, 31. Jg. (1997), S. 115 – 124.

9 *Susanne Lohmann* / *David W. Brady* / *Douglas Rivers*, Party Identification, Retrospective Voting, and Moderating Elections in a Federal System – West Germany, 1961-1989, in: *Comparative Political Studies*, 30. Jg. (1997), S. 420 – 449. Ähnlich argumentieren *Brian J. Gaines* / *Christoph Crombez*, Another Look at Connections Across German Elections, in: *Journal of Theoretical Politics*, 16. Jg. (2004), S. 289 – 319.

10 *Amir Abedi* / *Alan Siaroff*, The Mirror has Broken: Increasing Divergence between National and Land Elections in Austria, in: *German Politics*, 8. Jg. (1999), S. 207 – 227.

tierten dagegen für die Bundesrepublik Deutschland auf der Basis vorrangig fallbasierter Evidenz, dass die bundespolitische Durchdringung von Landtagswahlen zunehme.¹¹ Zentrale Prämisse in ihrer Argumentation war die große Schwierigkeit, die für die Wähler damit verbunden ist, die Kompetenzbereiche von Bundesregierung und Landesregierungen auseinander zu halten und Verantwortung eindeutig zuzuschreiben. Daher würden beide gleich bewertet und entsprechend auch nicht differenziert gewählt. Der Einschätzung einer wachsenden bundespolitischen Durchdringung widersprachen *Charlie Jeffery* und *Daniel Hough*¹² mit der Feststellung, dass die Unterschiede im Wahlverhalten auf den beiden Ebenen spätestens seit Beginn der neunziger Jahre deutlich zugenommen hätten. Sie nutzten für ihre Untersuchungen ein ähnliches Design wie *Dinkel* und interpretierten das Abweichen der neueren Daten von der Zyklusform als Ausweis für die stärkere Eigenständigkeit der Landtagswahlen.

Die Ergebnisse von *Jeffery* und *Hough* wurden von *Simone Burkhart*¹³ ebenso bestätigt wie relativiert. Sie konnte zwar ebenfalls nachweisen, dass sich seit Beginn der neunziger Jahre die Ergebnisse der Landtagswahlen vom zyklischen auf die Bundestagswahlen bezogenen Muster entkoppelten; sie zeigt jedoch für den gesamten Zeitraum seit Ende der siebziger Jahre, dass die zyklischen Verlaufsmuster letztlich durch Änderungen in der Popularität der Bundesregierung erklärbar sind. Diese hatte sich bis zu Beginn der neunziger Jahre tatsächlich in Parabelform nach einer Bundestagswahl zunächst nach unten entwickelt, um dann etwa ab Mitte der Wahlperiode wieder anzusteigen. Seit der deutschen Vereinigung weist die Entwicklung der Regierungspopularität diese Systematik nicht mehr auf, sondern schwankt vielmehr unsystematisch. Gewinne und Verluste bei Landtagswahlen folgen dabei weitgehend dem Schwankungsmuster der Beliebtheit der Bundesregierung. *Burkhart* stellt also einerseits im Einklang mit *Jeffery* und *Hough* eine Auflösung des zyklischen Musters fest, kann aber andererseits nachweisen, dass dieses nicht gleichbedeutend mit einer Loslösung von bundespolitischen Trends ist.

Die Antworten auf die Frage, in welchem Maße Landtagswahlen durch die politische Situation auf der Bundesebene beeinflusst werden, fallen, so kann man bis hier zusammenfassen, unterschiedlich aus. Daher soll im nächsten Abschnitt aus einer bislang wenig beachteten Perspektive ein erneuter Blick auf die Daten geworfen werden, um den bisherigen Forschungsstand ergänzende Erkenntnisse über die Unabhängigkeit oder bundespolitische Bestimmtheit von Landtagswahlen zu erhalten.

- 11 *Frank Decker* / *Julia von Blumenthal*, Die bundespolitische Durchdringung von Landtagswahlen. Eine empirische Analyse von 1970 bis 2001, in: ZParl, 33. Jg. (2002), H. 1, S. 144 – 165.
- 12 *Charlie Jeffery* / *Daniel Hough*, The Electoral Cycle and Multi-Level Voting in Germany, in: *German Politics*, 10. Jg. (2001), S. 73 – 98; *Daniel Hough* / *Charlie Jeffery*, Regionalwahlen in Mehrebenen-Systemen, in: *Thomas Conzelmann* / *Michèle Knodt* (Hrsg.), Regionales Europa, europäisierte Regionen, Frankfurt am Main 2001, S. 213 – 237; *Daniel Hough* / *Charlie Jeffery*, Landtagswahlen: Bundestagswahlen oder Regionalwahlen?, in: ZParl, 34. Jg. (2003), H. 1, S. 79 – 94.
- 13 *Simone Burkhart*, Parteipolitikverflechtung. Über den Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlentscheidungen von 1976 bis 2002, in: PVS, 46. Jg. (2005), S. 14 – 38.

1.2. Zum moderierenden Wählen

Jens Hainmüller und *Holger Lutz Kern* legen kürzlich eine auf die Bundesrepublik bezogene Untersuchung vor, in der sie nachweisen, dass in deutschen Landtagswahlen Ergebnismuster existieren, die als Ausweis moderierenden Wählens interpretiert werden können.¹⁴ Einen wichtigen empirischen Bezugspunkt bildet für sie die bereits erwähnte Studie von *Lohmann* und anderen¹⁵, ihre theoretische Argumentation basiert aber vor allem auf Konzepten, die von *Alberto Alesina* und *Howard Rosenthal*¹⁶, *Walter Mebane*¹⁷ sowie *Mebane* und *Jasjeet Sekhon*¹⁸ entwickelt wurden, um koordinierendes Wahlverhalten der Bürger zwischen US-amerikanischen Repräsentantenhaus- und Präsidentschaftswahlen zu erklären.

Alesina und *Rosenthal* gehen davon aus, dass Wähler in US-amerikanischen „midterm elections“ bestrebt sind, diejenige Zusammensetzung des Kongresses herbeizuführen, welche in den zwischen Präsident und Kongress notwendigen Kompromissen die Entstehung einer Position fördert, die ihren jeweiligen politischen Präferenzen möglichst nahe kommt. Kern dieser Theorie ist die Annahme, dass Bürger, deren politische Präferenzen (Idealpunkte) sich zwischen den Positionen von Demokraten und Republikanern befinden, Grund haben, einen Kongress zu wählen, der eine andere politische Farbe hat als der Präsident. Dies geschehe in der Hoffnung, dass sich Kongress und Präsident bei politischen Entscheidungen in der Mitte treffen, also wechselseitig ihre Politikpositionen „moderieren“. Diese erreichte Mitte sei näher an den Idealpunkten des moderierenden Wählersegmentes als die unvermittelten Idealpositionen der beiden US-amerikanischen Parteien. Bei ihrer Entscheidung berücksichtigen die Wähler nach *Alesina* und *Rosenthal* jedoch nicht nur ihre eigenen Idealpositionen und die der politischen Akteure, sondern auch das erwartete Verhalten aller anderen Wahlteilnehmer. Sie wählen also strategisch. Die Autoren räumen ein, dass das konkrete von ihnen vorgestellte Modell nur im Kontext eines Zweiparteiensystems angewandt werden kann. Hinzuzufügen ist, dass sie nicht Wahlen untersuchen, bei denen Akteure unterschiedlicher Ebenen des staatlichen Aufbaus bestellt werden, wie das bei Landtagswahlen der Fall ist. Vielmehr sind sowohl Präsident als auch Kongress auf derselben nationalen Ebene angesiedelt. Dies beschränkt die Eignung ihres Modells für die Bundesrepublik Deutschland zusätzlich.¹⁹

14 *Jens Hainmüller* / *Holger Lutz Kern*, Electoral Balancing, Divided Government, and Midterm Loss in German Elections, in: *Journal of Legislative Studies*, 12. Jg. (2006), S. 127 – 149.

15 *Susanne Lohmann* / *David W. Brady* / *Douglas Rivers*, a.a.O.

16 *Alberto Alesina* / *Howard Rosenthal*, Partisan Cycles in Congressional Elections and the Macroeconomy, in: *American Political Science Review*, 83. Jg. (1989), S. 373 – 398; *dies.*, *Partisan Politics, Divided Government and the Economy*, Cambridge 1995.

17 *Walter Mebane*, Coordination, Moderation, and Institutional Balancing in American Presidential and House Elections, in: *American Political Science Review*, 94. Jg. (2000), S. 37 – 57.

18 *Walter Mebane* / *Jasjeet Sekhon*, Coordination and Policy Moderation at Midterm, in: *American Political Science Review*, 96. Jg. (2002), S. 141 – 157.

19 *Walter Mebane*, a.a.O., greift den Ansatz von *Alesina* und *Rosenthal* auf, um mit einem stark formalisierten Modell moderierendes Verhalten bei Kongresswahlen zu untersuchen, die zeitgleich mit Präsidentschaftswahlen stattfinden („on year elections“). Dieser Ansatz hat für den deutschen Kontext nur geringe Bedeutung, weil hier bislang nur in wenigen Ausnahmefällen Landtagswahlen systematisch zeitgleich mit den Bundestagswahlen erfolgten. Vgl. dazu den Beitrag über Mecklenburg-Vorpommern von *Markus Steinbrecher* und *Eva Wenzel* in diesem Heft der ZParl.

Die von *Mebane* und *Sekhon*²⁰ verfasste Studie über das strategische Verhalten in Zwischenwahlen überträgt alle wesentlichen Elemente des ersten Modells auf diesen neuen Kontext. Die Autoren gehen davon aus, dass Wähler Erwartungen über die Politikvorstellungen der Akteure hegen und dass sie Vermutungen über das wahrscheinliche Wahlergebnis anstellen; des Weiteren dass sie in der Lage sind, sich unter den möglichen Akteurskonstellationen unter Berücksichtigung des erwarteten Wahlverhaltens aller anderen für diejenige Konstellation zu entscheiden, welche die nach der Wahl zu beschließenden Politiken mit größtmöglicher Wahrscheinlichkeit nahe an ihren Idealpunkt heranbringt. Dabei müssen sich die amerikanischen Wähler zwischen vier Akteurskonstellationen entscheiden, nämlich einem demokratischen Präsidenten mit entweder einem demokratisch oder republikanisch dominierten Kongress oder einem republikanischen Präsidenten mit entweder einem demokratisch oder republikanisch dominierten Kongress. Dieses Modell für das Midtermwahlverhalten in den USA ist hochkomplex, und es darf bezweifelt werden, dass damit im engeren Sinne ein Kausalprozess beschrieben wird. Die Wähler mögen sich verhalten, „als ob“ sie dem genannten Modell folgten.²¹ Dafür weisen *Mebane* und *Sekhon* empirische Evidenz aus den amerikanischen nationalen Wahlstudien vor. Dass aber die Wähler tatsächlich ein dem modellierten Verhalten strukturell äquivalentes Denkmodell nutzen, dass also das Modell in einem kausalen Sinne das Verhalten der amerikanischen Wähler „erklärt“, erscheint eher unwahrscheinlich. Das wird von *Mebane* und *Sekhon* auch eingeräumt. Damit steht aber auch die Interpretation, dass Wähler tatsächlich strategisch moderierend wählen, in Frage. Gleichwohl arbeiten *Hainmüller* und *Kern* in Anlehnung an *Mebane* und *Sekhon* mit der Hypothese, dass es in Deutschland im erläuterten Sinne moderierendes Wahlverhalten gibt, und dass ein Modell moderierenden Wählens ursächlich erklären könne, wie Entwicklungstrends der Parteistimmen zwischen zwei Bundestagswahlen zustande kommen. Dabei ist die reale Entscheidungssituation, vor der die Wähler bei Landtagswahlen in Deutschland stehen, noch ungleich komplizierter als die eines amerikanischen Wählers, der sich bei Zwischenwahlen für einen Abgeordneten einer der beiden Parteien entscheiden muss.

Nimmt man das Modell ernst, dann benötigen Landtagswähler zunächst klare Erwartungen über die Politikpräferenzen aller relevanten Parteien. Das sind je nach Bundesland drei bis fünf. Diese Politikpräferenzen müssen für zwei Ebenen, nämlich die Bundes- und die Landesebene, bekannt sein. Auch bei den wählereigenen Präferenzen ist zwischen landesbezogenen und bundespolitischen zu unterscheiden und eine Gewichtung vorzunehmen. Zusätzlich müssen Erwartungen über die Stimmenanteile der Parteien und über die Wahrscheinlichkeit der Bildung verschiedener Regierungskoalitionen nach der Wahl bestehen. Schließlich müssten diese Erwartungen für beide Ebenen sowie mit den eigenen Präferenzen verglichen werden, um eine Wahlentscheidung treffen zu können, die in der Summe einen Wahlausgang befördert, der eine optimale Annäherung der umgesetzten Landes- und Bundespolitik an die eigenen Politikpräferenzen auf beiden Ebenen ermöglicht.

20 *Walter Mebane* / *Jasjeet Sekhon*, a.a.O.

21 *Milton Friedman* begründete in einem berühmt gewordenen Aufsatz, warum er es für sinnvoll hält, solche „Als-ob-Modelle“ zu entwickeln, wenn es um die Vorhersage von Verhaltensweisen oder Ereignissen geht. Er machte gleichzeitig klar, dass solche Modelle nicht nur keine Kausalaussagen treffen, sondern dass sie dies nicht einmal anstreben. Vgl. *Milton Friedman*, *The Methodology of Positive Economics*, in: *ders.*, *Essays in Positive Economics*, Chicago 1953, S. 3 – 43.

Die Prämisse, dass Wähler derart komplexe Überlegungen anstellen, wird hier bezweifelt. Selbst wenn man im Gegensatz zu *Alesina* und *Rosenthal* sowie *Mebane* und *Sekhon* strategische Erwägungen nicht unterstellt²², dürfte ein Wähler bei Landtagswahlen in Deutschland mit der beschriebenen Komplexität der Entscheidungssituation vor einer kaum zu beschreibenden, geschweige denn zu lösenden Optimierungsaufgabe stehen. Daher erscheint es nicht als sinnvoll, von der Existenz moderierenden Wählens im erläuterten Sinne bei deutschen Landtagswahlen auszugehen.

Angesichts der von *Hainmüller* und *Kern* vorgelegten empirischen Ergebnisse ist aber zu fragen, wie die beobachteten Muster erklärt werden können. Eine plausible Alternativhypothese hat *Gschwend* in diesem Heft der ZParl formuliert. Er erwartet, dass die Parteien der Bundesregierung bei Landtagswahlen immer dann besonders bestraft werden, wenn sie gleichzeitig die Landesregierung stellen, dass sie aber in anderen Konstellationen weniger starke Stimmenverluste hinnehmen müssen. Er begründet diese Erwartung damit, dass Leistungen und Fehlleistungen eindeutig zugeschrieben werden können, wenn in Bund und Land dieselben Parteien regieren, und dies im anderen Falle eben nicht möglich ist.

2. Landtagswahlen: unabhängig oder bundespolitisch durchdrungen?

2.1. Untersuchungsdesign

Die Untersuchung der Eigenständigkeit von Landtagswahlen folgt in der deutschen Forschung, sofern sie nicht als Analyse von Einzelfällen durchgeführt wird, in Variationen der Vorgabe der *Dinkelschen* Berechnungsmethode.²³ Diese setzt Landtagswahlergebnisse in Bezug zu einem projektierten Bundestagswahlergebnis am Tag einer jeweiligen Landtagswahl. Diese Projektion (im Folgenden als „Dinkelprojektion“ bezeichnet) wird aus dem zeitgewichteten Trend zwischen den an eine Landtagswahl angrenzenden Bundestagswahlen ermittelt. Landtagswahlergebnisse werden also immer zu zeitlich benachbarten Bundestagswahlen in Beziehung gesetzt. Dieses Vorgehen ist plausibel, wenn es darum geht, Zykluseffekte zu ermitteln. Jedoch wird so die Tatsache verschleiert, dass in einer Reihe von Bundesländern die Landtagswahlergebnisse dauerhaft oder zumindest über längere Perioden hinweg in ihrer Struktur von den Bundestagswahlergebnissen abweichen. Solche Niveauunterschiede fallen bei dem an *Dinkel* angelehnten Vergleich mit angrenzenden Bundestagswahlen nicht als (dauerhafte) Differenzen auf, sondern erscheinen jeweils als Verlust oder Gewinn bestimmter Parteien in einer bestimmten Periode. Das ist für die Analyse insofern ungünstig, als man argumentieren kann, dass dauerhafte Unterschiede zwischen den Wahlen auf beiden Ebenen als eigenständiger Ausweis einer Unabhängigkeit von Landtagswahlverhalten interpretiert werden können. Dabei beweist eine fehlende Differenz zwar

22 Ein entsprechendes Modell vertritt *Morris P. Fiorina: Morris P. Fiorina, Retrospective Voting in American National Elections*, New Haven / London 1981; *ders.*, *Divided Government*, New York 1992. Nichtstrategisches Wählen bedeutet hier, dass Wähler lediglich versuchen, ihre Präferenzen mit denen der Wahlalternativen zu vergleichen, um die für sie günstigste Kombination von Alternativen zu bestimmen. Überlegungen über das, was wahrscheinlich alle anderen wählen werden, um das eigene Wahlverhalten auch an diese Erwartung anzupassen, werden dagegen nicht unterstellt.

23 *Reiner Hans Dinkel*, a.a.O.

nicht die mangelnde Eigenständigkeit einer Landtagswahl, eine vorhandene Differenz deutet aber klar auf ihre Unabhängigkeit hin. Denn wo, wenn nicht in unterschiedlichen Wahlmotiven für die beiden föderalen Ebenen, sollen mittel- bis langfristig stabile Niveauunterschiede begründet liegen?

Als ausgeprägtes Beispiel solcher Unterschiede kann Sachsen dienen, wo die CDU bislang bei allen Landtagswahlen um mehr als 30 Prozentpunkte vor der SPD lag, während die Wahlergebnisse bei Bundestagswahlen nach anfänglicher Differenz, die allerdings deutlich geringer war als auf der Landesebene, seit 1998 annähernd ausgeglichen sind. Diese Niveauverschiebung wird in Anlehnung an die eben vorgestellte Argumentation als klarer Ausweis für die Existenz eines vom Bundestagswahlverhalten eher unabhängigen Landtagswahlverhaltens angesehen.

Im Folgenden werden diese mittel- bis langfristigen Niveaudifferenzen zwischen Landtags- und Bundestagswahlergebnissen näher untersucht²⁴, und dazu über zwei Zeitperioden operationalisiert: von 1960 (Beginn der Beobachtungsperiode im zugrunde liegenden DFG-Projekt²⁵) bis 1983 (Wahl der christlich-liberalen Koalition unter *Helmut Kohl*) und von 1984 bis 2002 (letzte Bundestagswahl in der Beobachtungsperiode). Für beide Zeiträume werden zunächst auf der Ebene der Kreise die mittleren Wahlergebnisse (arithmetisches Mittel) für CDU und SPD bestimmt. Sodann wird für jede Landtags- und Bundestagswahl in jeder Periode die Differenz zwischen mittlerem CDU-Ergebnis und mittlerem SPD-Ergebnis auf Kreisebene ermittelt. Schließlich werden die Differenz zwischen den Differenzen der beiden Wahlebenen (Differenzdifferenz) und der Mittelwert der Differenzdifferenzen über alle Kreise eines Bundeslandes gebildet. Liegt diese mittlere Differenzdifferenz in der Nähe von Null (im Intervall zwischen Null und 2,5), wird dies als geringer Unterschied zwischen beiden Wahlebenen eingestuft und als fehlende Eigenständigkeit der Landtagswahlen interpretiert. Durchschnittliche Differenzdifferenzen zwischen 2,5 und 5 gelten als schwach, zwischen 5 und 10 als moderat und Differenzdifferenzen größer 10 als stark und werden als Indikator für eine schwache, moderate oder starke Eigenständigkeit der Landtagswahlen im jeweiligen Land und der jeweiligen Periode interpretiert (vgl. Tabelle 1)²⁶.

24 Die Datenbasis für die empirischen Analysen bilden die Wahlergebnisse auf der Ebene der administrativen Kreise (Landkreise, kreisfreie Städte sowie Bezirke in Berlin und Hamburg). Diese Daten wurden im Rahmen des von der DFG geförderten Projektes „Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlen“ zusammengestellt. Datengeber waren die jeweils zuständigen Statistischen Landesämter. Für weitere Details zur Datenbasis siehe den Beitrag von *Evelyn Brislinger* in diesem Heft der ZParl.

25 Vgl. dazu den Überblicksbeitrag von *Oscar W. Gabriel* und *Eberhard Holtmann* in diesem Heft der ZParl.

26 Die Art der Berechnung der Differenzdifferenzen hat auf das Ergebnis keinen inhaltlich bedeutsamen Einfluss. Die relativen Positionen der Länder zueinander bleiben mit jedem von vier überprüften Berechnungsverfahren gleich, lediglich die Höhe der Indexwerte verschiebt sich, je nachdem ob die Differenzen der Mittelwerte über alle Kreise (Median und arithmetisches Mittel) oder die Mittelwerte der Differenzen aus allen Kreisen (Median und arithmetisches Mittel) verwendet werden. Die hier präsentierten Werte sind das arithmetische Mittel der Differenzen aus allen Kreisen. Sie erscheinen inhaltlich am meisten angemessen, unterscheiden sich kaum von den Differenzen aus den arithmetischen Mittelwerten aller Kreise, zeigen aber ein geringeres Differenzniveau als die über Mediane ermittelten Differenzen und sind damit ein eher konservatives Maß für die Ermittlung der Eigenständigkeit der Landtagswahlen.

<i>Tabelle 1: Eigenständigkeit von Landtagswahlen als mittelfristiger Unterschied zwischen den Differenzen von SPD- und CDU-Wahlergebnissen auf Landes- und Bundesebene</i>		
Bundesland	1960 – 1983	1984 – 2002
Schleswig-Holstein	12,7	0,9
Hamburg	5,1	4,1
Bremen	1,1	7,2
Niedersachsen	3,0	3,7
Nordrhein-Westfalen	1,3	6,5
Hessen	0,5	4,2
Rheinland-Pfalz	0,6	5,2
Saarland	3,6	6,2
Baden-Württemberg	0,1	2,1
Bayern	1,9	5,5
Mecklenburg-Vorpommern	–	0,1
Brandenburg	–	0,2
Berlin	–	13,7
Sachsen	–	24,5
Sachsen-Anhalt	–	3,2
Thüringen	–	20,8
Länder geordnet von Nord nach Süd und von West nach Ost. Je größer der Messwert, desto größer der Unterschied zwischen dem Verhältnis der Ergebnisse von CDU und SPD bei Landtags- und bei Bundestagswahlen gemittelt über den jeweils genannten Zeitraum. Quelle: Eigene Berechnung auf der Basis von Daten der statistischen Landesämter über Wahlergebnisse der administrativen Kreise (Landkreise, kreisfreie Städte sowie Bezirke in Berlin und Hamburg).		

2.2. Ergebnisse für die Bundesländer

Schleswig-Holstein zeichnet sich dadurch aus, dass SPD und CDU bei den Ergebnissen der Bundestagswahlen in der Regel näher aneinander lagen als bei den Landtagswahlen (vgl. Tabelle 1). Die wechselnden Dominanzverhältnisse auf der Landesebene schlugen sich für den ersten Zeitraum in einer starken Differenzdifferenz von 12,7 nieder, die darauf verweist, dass schleswig-holsteinische Landtagswahlen zwischen 1960 und 1983 in der Regel starken bundesunabhängigen Einflüssen unterlegen haben müssen. In der Periode 1984 bis 2002 gab es dagegen fast keine Unterschiede (0,9). Damit liegt auch kein Hinweis auf bundesunabhängiges Wahlverhalten bei den regionalen Wahlen vor.

Bei den Wahlen für die Bürgerschaft der Hansestadt Hamburg dominierte über lange Jahre die SPD. Diese Dominanz übertrug sich aber nur in abgeschwächter Form auf die Bundestagswahlen. Hier war der Vorsprung der Sozialdemokraten vor der CDU geringer. Dementsprechend verweist der Differenzindikator für Hamburg in beiden Perioden (5,1 und 4,1) auf eine moderate Eigenständigkeit. Ähnliches stellt *Roland Abold* in seinem Beitrag in diesem Heft der ZParl über das Bürgerschaftswahlverhalten in Hamburg fest. Danach haben die Hansestädter ihre Landesregierung immer mit einer gewissen Unabhängigkeit von bundespolitischen Motiven und Konstellationen gewählt, und starke Bürgermeister beeinflussten mehr als andere Variablen das Wahlverhalten. Erfolge kleinerer Regionalparteien wie der Statt-Partei in den neunziger Jahren und der Schill-Partei 2001 dienen *Abold* als weiterer Ausweis für die Unabhängigkeit des Hamburger Bürgerschaftswahlverhaltens.

Bremen, die zweite Hansestadt, kann ebenfalls als Hochburg der SPD bezeichnet werden. Selbst harte Auswirkungen der Werftenkrise konnten den regionalen Wahlerfolgen der SPD meist wenig anhaben. Seit Mitte der achtziger Jahre ist der Vorsprung der SPD insgesamt kleiner geworden. Der Verlust war auf der Landesebene stärker als bei den Bundestagswahlen. Dies zeigt sich an dem deutlichen Anstieg der Differenzdifferenz von 1,1 auf 7,2 von der ersten auf die zweite Beobachtungsperiode. Dies deutet darauf hin, dass das Verhalten bei Bürgerschaftswahlen in jüngerer Zeit stärker einer eigenen Logik folgt, als das anfangs der Fall war.

Für die niedersächsischen Landtagswahlen kann mit dem hier vorgestellten Indikator für beide Perioden kein Nachweis einer starken Eigenständigkeit des Wahlverhaltens erbracht werden. Mit Werten von 3,0 und 3,7 unterscheidet sich die Differenz auch kaum zwischen den beiden Beobachtungszeiträumen. Die Schlussfolgerungen, die *Evelyn Bytzek* und *Susumu Shikano* für Niedersachsen in diesem Heft ziehen, zeichnen ebenfalls kein eindeutiges Bild. Einerseits sehen sie in der Angleichung der Parteiensysteme zwischen Bundes- und Landesebene einen Ausweis einer wachsenden Verbindung der Ebenen. Andererseits wird von Stimmenverlusten, die die Landesparteien regelmäßig nach einem Wechsel ihrer Spitzenkandidaten hinnehmen mussten, auf Gründe für Wahlentscheidungen verwiesen, die eindeutig auf der Landesebene liegen. In der Konsequenz vermuten *Bytzek* und *Shikano*, dass die Bundespolitik wohl vor allem dann als Orientierung diene, wenn die Landesebene keine ausreichenden Wahlgründe zur Verfügung stelle. Der damit angenommene Wechsel zwischen einer Betonung bundes- und landesbezogener Motive könnte auch erklären, warum kaum systematische Abweichungsmuster im aggregierten landes- und bundesbezogenen Wahlverhalten beobachtbar sind.

In Nordrhein-Westfalen war das Verhältnis zwischen CDU und SPD auf beiden Wahl Ebenen in den 1960er und 1970er Jahren eher ausgeglichen. Das änderte sich erst nachhaltig, als *Johannes Rau* Ministerpräsident geworden war. Fortan gab es bis in die jüngere Vergangenheit einen deutlichen Vorsprung der SPD bei Landtagswahlen gegenüber der CDU, der allerdings nicht in gleichem Maße auf die Ebene der Bundestagswahlen übertragen werden konnte. Dem entspricht eine von der ersten auf die zweite Beobachtungsperiode deutlich gestiegene Differenzdifferenz (von 1,3 auf 6,5), die auf zunehmende Eigenständigkeit der Landtagswahlen an Rhein und Ruhr schließen lässt. Im Vergleich der westlichen Bundesländer weist Nordrhein-Westfalen in der zweiten Beobachtungsperiode nach Bremen die zweithöchste Differenzdifferenz auf, erreicht also nach diesem Indikator eine vergleichsweise hohe Unabhängigkeit seiner Landtagswahlen von bundespolitischen Einflüssen. Wie der Beitrag von *Markus Klein* und *Dieter Ohr* in diesem Heft hervorhebt, gibt es zudem Situationen, bei denen eine Landtagswahl maßgeblich das Geschehen auf der Bundesebene bestimmt. So war die nordrhein-westfälische Landtagswahl 2005 der Auslöser für die vorgezogene Bundestagswahl im Herbst desselben Jahres mit dem Ergebnis, dass die rot-grüne Koalition unter *Gerhard Schröder* durch die Große Koalition unter *Angela Merkel* abgelöst wurde.

In Hessen hatte die SPD in der ersten Beobachtungsperiode auf beiden Wahlebenen einen annähernd gleichen Vorsprung vor der CDU. Das findet seinen Ausdruck in einer gegen Null gehenden Differenzdifferenz für diese Periode (0,5). Auf der Bundesebene blieb die SPD-Dominanz im Durchschnitt der zweiten Periode in abgeschwächter Form erhalten, während auf der Landesebene die CDU einen Vorsprung gewann. Die Unterschiede zwischen den Ebenen blieben jedoch gering. Auf der Basis des Differenzindikators kann

man daher auch für die zweite Periode allenfalls eine schwache Unabhängigkeit der Landtagswahlen von der Bundespolitik konstatieren (4,2).

Ähnliches gilt für Rheinland-Pfalz. Zwar gab es dort lange Zeit eine klare Vorherrschaft der CDU, diese fiel aber auf beiden Wahlebenen annähernd gleich aus. Belege für eine Unabhängigkeit der Landtagswahlen lassen sich hier also kaum finden. Für die zweite Beobachtungsperiode kann jedoch ein leichter Anstieg der Eigenständigkeit konstatiert werden (von 0,6 auf 5,2). Diese Zunahme kommt dadurch zustande, dass die SPD bei Landtagswahlen so viel Boden gegenüber der CDU gut machen konnte, dass sie seit 1991 durchgehend den Ministerpräsidenten stellt, während auf der Ebene der Bundestagswahlen kein vergleichbarer Trend zu beobachten war. Insgesamt aber, darauf verweist auch *Jürgen Maier* in diesem Heft, ist für Rheinland-Pfalz festzuhalten, dass die Bundespolitik zu allen Zeitpunkten relativ starken Einfluss auf die Ergebnisse von Landtagswahlen ausübte.

Im Saarland dominierten abwechselnd die CDU und die SPD das Wahlverhalten, und zwar vor allem in der ersten Beobachtungsperiode (1960 bis 1983) auf beiden Wahlebenen ähnlich stark, so dass hier nur eine schwache Differenzdifferenz (3,6) zwischen den Ergebnissen der beiden Wahlebenen verzeichnet werden kann. In der zweiten Beobachtungsperiode (1984 bis 2004) steigt der Wert auf 6,2. Diese Veränderung wird hier als Anstieg der Unabhängigkeit auf ein moderates Niveau interpretiert.

Bayern und Baden-Württemberg sind die beiden Bundesländer, in denen über den gesamten Beobachtungszeitraum hinweg die Union sowohl die Landtags- als auch die Bundestagswahlen beherrschte. Dabei unterscheidet sich das Dominanzverhältnis zwischen den beiden Ebenen in Baden-Württemberg kaum (Differenzdifferenzen von 0,1 und 2,1), in Bayern ist die CSU auf der Landesebene zu einer Reihe von Zeitpunkten noch stärker als auf der Bundesebene. Diese Differenz nimmt ausweislich der von 1,9 auf 5,5 gestiegenen Differenzdifferenz im Beobachtungszeitraum deutlich zu. Für beide Länder kann ein schwacher Trend zu einer größeren Unabhängigkeit der Landtagswahlen von der Bundespolitik festgestellt werden.

Die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus fanden bis 1989 unter Bedingungen statt, die von den bisher beschriebenen Ländern abweichen. In Westberlin wurden keine Abgeordneten für den Bundestag gewählt, weil die Stadt nach dem Vier-Mächte-Abkommen nicht als Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland galt. Daher kann für Berlin wie auch für die neuen Bundesländer nur für die zweite Beobachtungsperiode²⁷ eine Differenz zwischen landesbezogenem und nationalem Wahlverhalten bestimmt werden. Im Zeitraum dominierte bis 2001 die CDU die Wahlen zum Abgeordnetenhaus. Die SPD hatte dagegen bei den meisten Bundestagswahlen im Beobachtungszeitraum die Nase vorn. Dementsprechend ist eine starke Differenzdifferenz (13,7) zu verzeichnen, die zeigt, dass das landesbezogene Wahlverhalten im Aggregat allenfalls mäßig von bundespolitischen Aspekten beeinflusst war.

Die Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern stellen – das macht auch der Beitrag von *Markus Steinbrecher* und *Eva Wenzel* in diesem Heft deutlich – im gesamtdeutschen Vergleich eine große Ausnahme dar, weil die meisten (1994, 1998, 2002) zeitgleich mit

27 Die zweite Beobachtungsperiode beginnt für Berlin und die anderen fünf östlichen Bundesländer nicht wie in den westlichen im Jahr 1984, sondern erst mit der deutschen Vereinigung im Jahr 1990.

Bundestagswahlen stattfanden. Schon *Fabritius*²⁸ war davon ausgegangen, dass bei zeitgleichen Wahlen oder bei Landtagswahlen in unmittelbarer zeitlicher Nähe von Bundestagswahlen der eigenständige Einfluss der Landesebene eher gering ist, weil die Bundesebene mit ihrem ungleich stärker entwickelten Wahlkampfapparat, aber auch mit ihren Themen der Landesebene kaum Aktionsraum lassen würde. Diese Überlegungen empirisch bestätigend finden *Steinbrecher* und *Wenzel* auch keine Belege für ein unabhängiges Landtagswahlverhalten in Mecklenburg-Vorpommern. Bis auf die Landtagswahl im Jahre 2006 konnten keine interpretationswürdigen Differenzen zwischen dem Wahlverhalten auf der Bundes- und der Landesebene beobachtet werden.²⁹ Dies bestätigt sich auch in der Differenzdifferenz, die mit einem Wert von 0,1 die kleinste aller Länder ist.

Brandenburg ist das einzige ostdeutsche Bundesland, in dem sich die SPD fest als führende politische Größe etablieren konnte. Sie dominiert die CDU sowohl bei den Wahlen zum Landtag als auch zum Bundestag. Eine geringe Differenzdifferenz von 0,2, die zweit-schwächste überhaupt beobachtete, zeigt, dass aus Sicht des Differenzindikators nicht von einer Unabhängigkeit der brandenburgischen Landtagswahlen gesprochen werden kann. Allerdings kann berechtigterweise die Frage gestellt werden, ob es nicht das Wirken des ersten Ministerpräsidenten, *Manfred Stolpe*, war, der die Brandenburger auch auf der Bundesebene dazu brachte, die SPD zu wählen. Hierauf kann auf Basis von aggregierten Daten keine Antwort gegeben werden.

In Sachsen-Anhalt ist im Unterschied zu den beiden eben beschriebenen Bundesländern eine zumindest schwache Unabhängigkeit der Landtagswahlen zu beobachten. Bei den regionalen wie bei den Bundestagswahlen ist in Sachsen-Anhalt ein Wechsel in der Dominanz von SPD und CDU zu konstatieren, der sich über den Gesamtzeitraum hinweg jedoch weitgehend ausgleicht. Daher liegt nur eine schwache Differenzdifferenz von 3,2 Skaleneinheiten zwischen der CDU-SPD-Differenz bei Landtags- und Bundestagswahlen vor.

Vom Bund in hohem Maße unabhängige Landtagswahlen sind in Sachsen zu verzeichnen. In den Trendgrößen sind zwar auch Reaktionen auf bundespolitische Ereignisse zu beobachten (siehe dazu die Ausführungen von *Anja Mays* in diesem Heft). Der große Unterschied zwischen dem Unionsvorsprung in Landtagswahlen und ihrem Vorsprung in Bundestagswahlen – letzterer ist zwar immer noch deutlich, aber wesentlich kleiner als ersterer – lässt jedoch darauf schließen, dass die Sachsen bei der Wahl ihres Landtages starke landesbezogene Motive hatten. Bundespolitische Ereignisse haben einen Effekt auf Verschiebungen der Stimmenanteile an den Rändern, die Basisgröße der Wählerblöcke wird aber unabhängig von aktuellen Ereignissen durch Merkmale der Landesebene bestimmt. Die starke Unabhängigkeit sächsischer Landtagswahlen von bundespolitischen Einflüssen findet ihren Ausdruck in der stärksten beobachteten Differenzdifferenz von 24,5. Strukturell sehr ähnlich ist die Situation in Thüringen. Auch hier hat die CDU eine klare Vor-

28 *Georg Fabritius*, a.a.O.

29 Differenzen berichten *Steinbrecher* und *Wenzel* auch für die Wahl 1990. Diese Wahl stellt jedoch für alle neuen Bundesländer als konstituierende Landtagswahl eine Sondersituation dar. Ein eigenständig landesbezogenes Wahlverhalten kann hier systematisch nicht erwartet werden, da es vor der Wahl keine Landespolitik gab, auf die sich ein Landtagswahlverhalten hätte beziehen können. Daher werden die Landtagswahlen 1990 hier zwar in den quantitativen Ergebnissen erfasst, in den Interpretationen als Einzelwahl jedoch nicht erwähnt.

machtstellung, die für die Landesebene wesentlich deutlicher ausgeprägt ist als für den Bund. Mit einer Differenzdifferenz von 20,8 kann man auch in Thüringen mit gutem Grund von einer hohen Unabhängigkeit der Landtagswahlen von bundespolitischen Einflüssen ausgehen.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass von der ersten Beobachtungsperiode auf die zweite die Zahl der Länder deutlich anstieg, bei denen mit dem hier eingeführten Indikator eine gewisse Unabhängigkeit der Landtagswahlen von bundespolitischen Einflüssen gemessen wurde. Zwischen 1960 und 1983 waren es nur Schleswig-Holstein und Hamburg, die eine starke beziehungsweise knapp moderate Unabhängigkeit aufwiesen. Alle anderen Bundesländer zeigten dem Differenzdifferenzindikator nach eine allenfalls schwache Unabhängigkeit. In der Zeit nach 1984 nahm diese in den meisten Bundesländern zu. Die größten Sprünge machten dabei Bremen und Nordrhein-Westfalen, wo die Differenzdifferenz um 6,1 beziehungsweise 5,2 Skalenpunkte stieg. Schleswig-Holstein ist das einzige Bundesland, in dem die Unabhängigkeit nach dem hier genutzten Indikator von einem hohen Ausgangsniveau in der Zeit vor 1983 stark abnahm, so dass für den zweiten Beobachtungszeitraum kaum noch ein Unterschied des Kräfteverhältnisses von SPD und Union zwischen den Ebenen zu beobachten war. Die mit Abstand stärkste Unabhängigkeit ist in Sachsen und Thüringen sowie in Berlin zu beobachten.

Die hier berichteten Trends stehen durchaus in Übereinstimmung mit der bisherigen Forschung. So gingen *Dinkel* und *Fabritius* Ende der siebziger Jahre von einer starken bundespolitischen Prägung der meisten Landtagswahlen aus.³⁰ Dagegen stellten vor allem *Jeffery* und *Hough* für die Zeit nach 1990 einen deutlichen Anstieg der Unabhängigkeit fest, der auch durch den hier verwendeten Indikator hervorgehoben wurde.

3. Landtagswahlen: Moderationswahl- oder Eindeutigkeitshypothese?

Oben wurde die Hypothese diskutiert, dass Wähler moderierend entscheiden, also berücksichtigen, dass eine Landtagswahl nicht nur über die Zusammensetzung der Landesregierung, sondern auch über die des Bundesrates bestimmt. Mit Blick auf den Bundesrat werden nach dem Moderationsargument Parteien bevorzugt, die im Sinne des jeweiligen Wählers ein politisches Gegengewicht zur amtierenden Bundesregierung darstellen. Von diesem Gegengewicht würden die Wähler erwarten, dass es die im Bund verabschiedeten politischen Maßnahmen näher an ihren Idealpunkt heranbringt als alternative Kräftekonstellationen.

Hainmüller und *Kern*³¹ prüfen diese Hypothese mit auf der Landesebene aggregierten Wahlergebnissen. Von einem Nachweis moderierenden Wählens sprechen sie, wenn sich Folgendes zeigen lässt: Parteien, die im Bund regieren, verlieren in Landtagswahlen überdurchschnittlich an Wählerstimmen, wenn gleichzeitig Landesregierungen, die aus den gleichen Parteien bestehen wie die Bundesregierung, im Bundesrat die Mehrheit bilden. Außerdem gehen die Zugehörigkeit einer Partei zur Landesregierung sowie zur Bundesregierung jeweils einzeln in das Modell ein. Der Amtsbonus, der mit der Besetzung des Amtes des Ministerpräsidenten in der Regel verbunden ist, wird nicht berücksichtigt. Bezugs-

30 *Reiner Hans Dinkel*, a.a.O.; *Georg Fabritius*, a.a.O.

31 *Jens Hainmüller* / *Holger Lutz Kern*, a.a.O.

punkt für die Ermittlung der positiven oder negativen Stimmenentwicklung einer Partei ist für *Hainmüller* und *Kern* das letzte Landtagswahlergebnis, womit sie von dem in Deutschland seit *Dinkel* üblichen Bezug auf die angrenzenden Bundestagswahlen abweichen. Die Autoren zeigen, dass die Zugehörigkeit einer Partei zur Landesregierung ihr Ergebnis im Vergleich zur letzten Landtagswahl positiv beeinflusst, während die Zugehörigkeit zur Bundesregierung negativ wirkt. Zusätzlich treten stabile negative Effekte auf, wenn eine Partei der Bundesregierung angehört und gleichzeitig Landesregierungen oder -koalitionen eine Bundesratsmehrheit bilden, die aus einer oder mehreren Parteien der Bundesregierung bestehen. Diesen Befund interpretieren sie als Evidenz für die Existenz moderierenden Wahlverhaltens.

Die Ergebnisse von *Hainmüller* und *Kern* sollen hier repliziert und gegen die alternative Hypothese von *Gschwend*, nach der Wähler vor allem auf die klare Zurechenbarkeit von Verantwortung auf Landes- und Bundesebene reagieren, geprüft werden. Bei der Analyse werden gegenüber dem Vorgehen von *Hainmüller* und *Kern* folgende Modifikationen vorgenommen:

(1) Bezugspunkt für die Beschreibung von Stimmenentwicklungen ist nicht die letzte Landtagswahl, sondern, wie in den meisten Analysen zur Untersuchung der deutschen Landtagswahlen üblich, ein fiktives Bundestagswahlergebnis zum Zeitpunkt der jeweiligen Landtagswahl, das nach dem erläuterten Verfahren von *Dinkel*³² interpoliert wurde. Die zu analysierende Stimmdifferenz ist die zwischen Landtagswahlergebnis und Dinkelprojektion.

(2) Die Aggregationsebene, auf der die Analysen erfolgen, sind nicht die Länder, sondern die administrativen Kreise.³³

(3) Die Variable „Partei stellt den Ministerpräsidenten“ wird zusätzlich in die Analyse aufgenommen.

(4) Die den Darstellungen zugrunde liegenden Untersuchungen wurden nicht mittels der Regressionsanalyse durchgeführt, sondern mit dem der Regression nahe verwandten Verfahren der Varianzanalyse.

Die Varianzanalyse ermöglicht es, Objektgruppen daraufhin zu vergleichen, ob sie sich bezüglich eines bestimmten Merkmals, hier der Differenz zwischen Landtagswahlergebnis und Dinkelprojektion, voneinander unterscheiden. Die Gruppen entstehen im vorliegenden Fall aus den verschiedenen Kombinationen der folgenden Merkmale (vgl. Tabelle 2 auf Seite 474).

- Partei ist / ist nicht Mitglied der Landesregierung (MLREG/mlreg).
- Partei stellt / stellt nicht den Ministerpräsidenten des Bundeslandes (MP/mp).
- Partei ist / ist nicht Mitglied der Bundesregierung (MBREG/mbreg).
- Landesregierungen, die aus denselben Parteien bestehen wie die Bundesregierung, stellen die Mehrheit / stellen nicht die Mehrheit im Bundesrat (UNIF/unif)³⁴.

32 *Reiner Hans Dinkel*, a.a.O.

33 Als administrative Kreise gelten die Landkreise, kreisfreien Städte und die Bezirke in Berlin und Hamburg.

34 Das Kürzel „UNIF“ steht für den aus dem amerikanischen Kontext entlehnten Begriff des „unified government“, mit dem in den USA eine Situation beschrieben wird, in der Kongress und Präsidentenamt von derselben Partei besetzt sind.

Tabelle 2: Konstellationen der Merkmale Mitgliedschaft in Landes- und Bundesregierung, Ministerpräsidentschaft und Bundesratsmehrheit				
MLReg	MP	MBReg	MBRat	Kürzel
nein	nein	nein	nein	mlreg/mp/mbreg/unif
ja	nein	nein	nein	MLREG/mp/mbreg/unif
nein	nein	ja	nein	mlreg/mp/MBREG/unif
nein	nein	nein	ja	mlreg/mp/mbreg/UNIF
ja	ja	nein	nein	MLREG/MP/mbreg/unif
nein	nein	ja	ja	mlreg/mp/MBREG/UNIF
ja	nein	ja	nein	MLREG/mp/MBREG/unif
ja	nein	nein	ja	MLREG/mp/mbreg/UNIF
ja	ja	ja	nein	MLREG/MP/MBREG/unif
ja	nein	ja	ja	MLREG/MP/MBREG/UNIF
ja	ja	nein	ja	MLREG/MP/mbreg/UNIF
ja	ja	ja	ja	MLREG/MP/MBREG/UNIF
Kleinschreibung = Merkmal liegt nicht vor (mp: Partei stellt nicht den Ministerpräsidenten). Großschreibung = Merkmal liegt vor (MP: Partei stellt den Ministerpräsidenten). Von den 16 logisch möglichen Kombinationen entfallen vier, weil die Konstellation mlreg/MP (Partei ist nicht Mitglied der Landesregierung, stellt aber den Ministerpräsidenten) empirisch nicht vorkommen kann. Die Tabelle enthält folglich nur zwölf Zeilen.				

Unter Nutzung der erklärten Kürzel und in Tabelle 2 eingeführten Merkmalskombinationen werden in den Tabellen 3 und 4 die Erwartungen formuliert, die sich aus der Vorstellung von *Hainmüller* und *Kern* zur Moderation beziehungsweise von *Gschwend* zur Eindeutigkeit der Verantwortungszuordnung ableiten lassen. Trifft die Moderationshypothese zu, dann müssen die in Tabelle 3 wiedergegebenen Ergebnisrelationen zu beobachten sein.³⁵ Für diese Relationen gilt unter sonst gleichen Bedingungen: Ist eine Partei Mitglied der Bundesregierung und halten Landesregierungen, an denen diese Partei beteiligt ist, nicht die Mehrheit im Bundesrat, dann verliert diese Partei weniger Stimmen oder gewinnt mehr Stimmen in einer Landtagswahl im Vergleich zur Dinkelprojektion, als wenn Regierungen, denen die Partei angehört, die Mehrheit im Bundesrat halten.

Tabelle 3: Erwartungen zu Wahlergebnisrelationen nach der Moderationshypothese
mlreg/mp/MBREG/unif > mlreg/mp/MBREG/UNIF
MLREG/mp/MBREG/unif > MLREG/mp/MBREG/UNIF
MLREG/MP/MBREG/unif > MLREG/MP/MBREG/UNIF
Lesehilfe: Unter sonst gleichen Bedingungen gilt: Halten Landesregierungen, denen eine Partei angehört, nicht die Mehrheit im Bundesrat (unif), dann verliert diese Partei weniger Stimmen / gewinnt mehr Stimmen in einer Landtagswahl im Vergleich zur Dinkelprojektion, als wenn Regierungen, denen die Partei angehört, die Mehrheit im Bundesrat halten (UNIF).

Gschwend hatte dagegen die Hypothese formuliert, dass Wähler vor allem darauf reagieren, wie eindeutig Verantwortung zugeschrieben werden kann. Von solch eindeutiger Zuord-

35 Als Basis dienen hier und im Folgenden die für das DFG-Projekt „Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlen“ gesammelten Datensätze, vgl. dazu den Beitrag von *Evelyn Brislinger* in diesem Heft der ZParl.

nung spricht *Gschwend*, wenn Landes- und Bundesregierung aus denselben Parteien bestehen. Hier soll der Eindeutigkeitsbegriff so erweitert werden, dass auch die Besetzung der Funktion des Ministerpräsidenten und die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat einbezogen werden. Höchste Eindeutigkeit bezüglich der Verantwortung einer Partei für die aktuelle Politik herrscht dann, wenn (1) sie Mitglied der Landesregierung ist, (2) den Ministerpräsidenten stellt, (3) Mitglied der Bundesregierung ist und (4) Landesregierungen, denen diese Partei angehört, auch die Mehrheit im Bundesrat bilden. Die Einträge in Tabelle 4 sind wie folgt zu interpretieren (am Beispiel der ersten Zeile): Ist eine Partei lediglich Mitglied der Bundesregierung, dann verliert sie weniger Stimmen beziehungsweise gewinnt mehr Stimmen in einer Landtagswahl im Vergleich zur Dinkelprojektion, als wenn sie gleichzeitig Mitglied der Landesregierung ist. Weiterhin wird nach der Hypothese folgende Relation zwischen den Differenzen aus unterschiedlichen Zeilen von Tabelle 4 erwartet: Wenn bei gleichen Vorzeichen aller Differenzen gilt

$$\text{MLREG/mp/MBREG/unif} - \text{mlreg/mp/MBREG/unif}$$

ist kleiner als

$$\text{MLREG/mp/MBREG/UNIF} - \text{mlreg/mp/MBREG/UNIF}$$

dann hat die weiter erhöhte Zurechenbarkeit von Verantwortung unter der Bedingung parteipolitisch gleichgerichteter Regierung („unified government“) einen zusätzlichen negativen Effekt, der sich wie folgt begründen lässt: „Unified government“ erzeugt dadurch, dass alle Entscheidungspositionen durch die selbe Partei besetzt sind, zusätzliche Eindeutigkeit der Verantwortungszuschreibung und dadurch einen verstärkten negativen Stimmeneffekt für eine Partei, die unter dieser Konstellation zur Wahl antreten muss.³⁶

Das letzte Datenmuster kann zwar auch als Bestätigung für die Moderationshypothese interpretiert werden. Die vorgenannte Deutung erscheint im Kontext der oben geführten Argumentation über die Schwierigkeiten, in der Bundesrepublik gezielt moderierend zu wählen, jedoch als plausibler. Eine Zuordnung der Effekte mit statistischen Mitteln auf der Basis der hier analysierten Datenstruktur ist zumindest auf der Aggregatebene nicht möglich.

Tabelle 4: Erwartungen zu Wahlergebnisrelationen nach der Eindeutigkeitshypothese

$\text{mlreg/mp/MBREG/unif} > \text{MLREG/mp/MBREG/unif}$
$\text{mlreg/mp/MBREG/UNIF} > \text{MLREG/mp/MBREG/UNIF}$
$\text{MLREG/MP/mbreg/unif} > \text{MLREG/MP/MBREG/unif}$
$\text{MLREG/MP/mbreg/UNIF} > \text{MLREG/MP/MBREG/UNIF}$
Lesehilfe: Unter sonst gleichen Bedingungen gilt: Ist eine Partei sowohl Mitglied der Landesregierung (MLREG) als auch Mitglied der Bundesregierung (MBREG), dann verliert diese Partei mehr Stimmen / gewinnt weniger Stimmen in einer Landtagswahl im Vergleich zur Dinkelprojektion, als wenn das nicht der Fall ist.

Tabelle 5 zeigt die Erwartungen, die sich aus der Amtsbonushypothese ergeben. Danach schneidet eine Partei in einer Landtagswahl unter sonst gleichen Bedingungen besser ab, wenn sie vor der Wahl den Ministerpräsidenten stellte. Für die absolute Höhe der Wirkung

36 Die Rolle des Ministerpräsidenten wird an dieser Stelle außer Acht gelassen, weil diese Rolle – das zeigen hier nicht im Detail vorgestellte Analysen – grundsätzlich einen positiven Effekt für die betreffende Partei hat.

des Amtsbonuseffektes können keine theoretisch begründeten Erwartungen formuliert werden, also auch nicht für die Relation der Konstellationen, wenn sich diese in mehr Merkmalen als dem der Führung der Landesregierung unterscheiden (Zeilen 5 und 6 von Tabelle 5).

<i>Tabelle 5: Erwartungen zu Wahlergebnisrelationen nach Amtsbonushypothese</i>
Bonus
MLREG/mp/MBREG/unif << MLREG/MP/MBREG/unif
MLREG/mp/MBREG/UNIF << MLREG/MP/MBREG/UNIF
da absolute Wirkung des Bonus nicht bestimmbar
mlreg/mp/MBREG/UNIF ? MLREG/MP/MBREG/UNIF
mlreg/mp/MBREG/UNIF ? MLREG/MP/MBREG/UNIF
„<<“ = Wesentlicher Wahlvorteil von Parteien, die bei ansonsten gleichen Bedingungen vor der Wahl den Ministerpräsidenten stellen.
„?“ = Bei ansonsten ungleichen Bedingungen können keine konsistenten Erwartungen über Wahlvorteile gebildet werden.

Zunächst kann festgehalten werden³⁷, dass sich die Amtsbonushypothese in beeindruckender Weise bestätigt. Vergleicht man etwa für Parteien, die nicht Mitglied der Bundesregierung und nicht Teil der Mehrheit des Bundesrates waren, alle Situationen, bei denen sie lediglich Mitglied der Landesregierung waren, mit jenen, in denen sie auch die Staatskanzlei führten, dann stellt man fest, dass erstere Situationen im Mittel aller Kreise und Wahlen zu einem Verlust von 2,9 Prozentpunkten führten, während letztere einen durchschnittlichen Stimmengewinn von 4,1 Punkten hervorbrachten. Parteien, die zum Wahlzeitpunkt Mitglied der Bundesregierung und Teil der Mehrheit des Bundesrates waren, verloren, wenn sie nur der Landesregierung angehörten, 5,3 Prozentpunkte. Stellten sie jedoch auch den Ministerpräsidenten, so reduzierte sich dieser Verlust auf 1,6 Punkte.

Tabelle 6 stellt für die oben beschriebenen Konstellationen dar, ob die Analyseergebnisse für oder gegen die Moderationshypothese beziehungsweise die Eindeutigkeitshypothese sprechen. Die Moderationshypothese findet danach nur für eine Merkmalskonstellation beschränkte empirische Unterstützung: Lediglich für die Unionsparteien gilt, dass sie als Mitglied der Landesregierung und Partei des Ministerpräsidenten mehr Stimmen verlieren, wenn in Bundesrat und Bundestag parallel Mehrheiten agieren, zu denen die Union gehört. In den anderen Merkmalskonstellationen (nicht Mitglied der Landesregierung; Mitglied der Landesregierung, aber nicht Partei des Ministerpräsidenten) stützen die vorliegenden Ergebnisse die Moderationshypothese nicht.

An dieser Stelle muss darauf verwiesen werden, dass die Unionsparteien in keinem Fall in einer der folgenden beiden Konstellationen zu einer Landtagswahl angetreten sind: (1) Die Partei ist Mitglied der Landesregierung, stellt aber nicht den Ministerpräsidenten, sie ist Mitglied der Bundesregierung, und die Landesregierungen, die aus den selben Parteien bestehen wie die Bundesregierung, stellen nicht die Mehrheit im Bundesrat (MLREG/mp/MBREG/unif). (2) Die Partei ist Mitglied der Landesregierung und stellt den Ministerpräsidenten, sie ist nicht Mitglied der Bundesregierung, und die Landesregierungen, die aus

³⁷ Aus Gründen der Übersichtlichkeit werden die Ergebnisse nur für die beiden großen Parteien SPD und CDU/CSU dargestellt. Der Einschluss von FDP, Grünen und PDS ändert an den inhaltlichen Aussagen nichts.

denselben Parteien bestehen wie die Bundesregierung, stellen die Mehrheit im Bundesrat (MLREG/MP/mbreg/UNIF). Diese Feststellung verweist auf das Problem der begrenzten empirischen Vielfalt, um dessen Untersuchung sich das Verfahren der qualitativ komparativen Analyse verdient gemacht hat.³⁸ Für die vorgelegten Ergebnisse bedeutet dies, dass Aussagen über die Gültigkeit der untersuchten Theorien nur für einen Merkmalsraum möglich sind, der gegenüber dem theoretisch denkbaren eingeschränkt ist. Wie die Wahlergebnisse für die Unionsparteien in den bislang nicht beobachteten Konstellationen ausgefallen wären, kann nicht gesagt werden. Es mag plausibel erscheinen anzunehmen, dass die Wähler sich mit Blick auf die Unionsparteien genauso verhalten hätten, wie sie es mit Blick auf die SPD taten. Der empirische Nachweis der Richtigkeit dieser Annahme kann jedoch nicht erbracht werden.

Die Eindeutigkeithypothese kann im Gegensatz zur Moderationshypothese für alle Konstellationen, für die eine Analyse möglich war, bestätigt werden. Dabei sind die Einträge in Tabelle 6 wie folgt zu lesen (Zeile „Große“ Parteien, Spalte „unif“): Für alle in Tabelle 4 angegebenen Konstellationen unter „divided government“ (Zeilen 2 und 4 der Tabelle) gilt, dass die Eindeutigkeithypothese bestätigt wurde. Parteien, die gleichzeitig der Landes- und der Bundesregierung angehörten, verloren also mehr Stimmen als Parteien, bei denen das nicht zutraf.

Tabelle 6: Analyseergebnisse bezüglich Moderations- und Eindeutigkeithypothese

Konstellation	Moderationshypothese			Eindeutigkeithypothese		R ²
	mlreg/mp	MLReg/mp	MLReg/MP	unif	UNIF	
Große Parteien	contra	contra	pro*	pro	pro	0,27
Union	contra	n.v.	pro	n.v.	pro	0,23
SPD	contra	contra	contra	pro	pro	0,37

* Der Wert in dieser Zelle ist von den Unionsparteien dominiert.

n.v. = nicht vorhanden.

„Pro“ bedeutet, dass die laut Tabelle 3 beziehungsweise Tabelle 4 erwartete Differenz beobachtet wurde, „contra“ bedeutet das Gegenteil. Alle mit „contra“ besetzten Zellen stehen also für Beobachtungen, die den jeweiligen Hypothesen widersprechen.

Schließlich ist festzuhalten, dass der oben erwartete zusätzliche negative Effekt erhöhter Eindeutigkeit beobachtet werden konnte. Allerdings war dieser Effekt wiederum nur für die SPD zu messen, weil bei den Unionsparteien jeweils eine für den Vergleich notwendige Merkmalsausprägung empirisch nicht vorhanden war (siehe oben). Bei der SPD gibt es einen zusätzlichen Verlust in Höhe eines Prozentpunktes, wenn sie ohne Ministerpräsidenten als Regierungspartei im Bund und Teil der Bundesratsmehrheit antritt. Dieser Zusatzverlust wächst auf 1,9 Prozentpunkte, wenn die Partei auch den Stuhl des Ministerpräsidenten besetzt, also unter maximaler Eindeutigkeit der Zurechenbarkeit von Verantwortung agiert.

38 Carsten Q. Schneider, Qualitative Comparative Analyse/Fuzzy Set Analyse, in: Joachim Behnke / Thomas Gschwend / Delia Schindler / Kai-Uwe Schnapp (Hrsg.), Methoden der Politikwissenschaft: Neuere qualitative und quantitative Analyseverfahren, Baden-Baden 2006, S. 273 – 285.

4. Landtagswahlverhalten: gewachsene Eigenständigkeit, kaum Moderation

In einer Reihe von Bundesländern bestehen mittelfristig konstante Niveauunterschiede zwischen den Wahlergebnissen von Parteien bei Bundes- und Landtagswahlen. Die deutlichsten Fälle für solche Muster findet man in Sachsen und Thüringen. Diese Niveauunterschiede werden hier als Ausweis einer bedingten Unabhängigkeit der Landtagswahlen von bundespolitischen Einflüssen im jeweiligen Land interpretiert. Über den Beobachtungszeitraum von 1960 bis 2002 weist der hier vorgestellte Indikator in den meisten (alten) Bundesländern einen Zuwachs an Eigenständigkeit aus und stützt damit andere Studien. Dass Landtagswahlen in aktuellen Trends von der Bundesebene beeinflusst bleiben, ist davon unbenommen.

Von Wahlergebnissen, die auf moderierendes Wahlverhalten hinweisen, kann man in Deutschland allenfalls unter bestimmten Konstellationen sprechen. Wenn Parteien nicht Mitglied einer Landesregierung sind oder zwar Mitglied der Landesregierung sind, aber nicht den Ministerpräsidenten stellen, sind keine Moderationseffekte zu beobachten. Lediglich für die Unionsparteien kann in einer Konstellation moderierendes Wahlverhalten festgestellt werden, nämlich wenn die Union alle Positionen besetzt, die besetzt werden können. Der von *Gschwend* formulierte Effekt der Eindeutigkeit der Entscheidungssituation konnte dagegen für alle beobachteten Regierungskonstellationen nachgewiesen werden. Auch wenn weitere Forschung notwendig erscheint, um klar für die eine und gegen die andere Hypothese entscheiden zu können, so liegt schon jetzt nur wenig Evidenz zur Bestätigung der Moderationshypothese vor.

Welchen Einfluss hat die Bundespolitik auf die Wahlentscheidung der Bürger bei Landtagswahlen? Eine Analyse von Individualdaten im Bundesländer- und Zeitvergleich

Kerstin Völkl

Befragt man Politiker nach Landtagswahlen zu den Ursachen für die Stimmenverluste ihrer Partei, haben sie in der Regel schnell Erklärungen parat. Häufig werden bundespolitische Faktoren herangezogen, um das schlechte Abschneiden auf Landesebene der Bundespartei in die Schuhe zu schieben. So erklärten der neue und alte Ministerpräsident *Harald Ringstorff* und der SPD-Generalsekretär *Hubertus Heil* die massiven Stimmenverluste, die die SPD in Mecklenburg-Vorpommern am 17. September 2006 hinnehmen musste, mit dem fehlenden Rückenwind aus Berlin¹. Aber nicht nur nach einer Landtagswahl muss die Bundespartei als Prügelknabe herhalten; bereits im Vorfeld werden Landtagswahlen oft zu Bundes-Testwahlen deklariert. So war im Frühjahr 2006 häufig von Politikern oder Journa-

1 Vgl. Aussagen von *Harald Ringstorff* am Wahlabend in den Sendern des öffentlich-rechtlichen Fernsehens und Aussagen von *Hubertus Heil* in der Berliner Runde.